

KURZPROTOKOLL - Landesvorstandssitzung am 17.03.2017

An der Landesvorstandssitzung am 17.03.2017 nahmen 13 von 20 Landesvorstandsmitgliedern und 5 Gäste teil. 6 Mitglieder fehlten entschuldigt, von einem Mitglied gab es keine Rückmeldung.

Der Landesvorstand verständigte sich unter Aktuelles über Ergebnisse des Landesparteitages und der Vertreter_innenversammlung in Bad Langensalza, die Verleihung der „Frauenpreis 2017“ am 7. März im Rathaus Erfurt und vielen anderen Frauentags-Veranstaltungen in den Kreisen. Der Geschäftsführende Vorstand bedankt sich bei allen Helfern und Mitwirkenden in den Kreisen! Außerdem nahm der Landesvorstand die Berichte aus der Landesregierung, der Landtagsfraktion, dem Bundesausschuss, Parteivorstand und Landeswahlbüro entgegen. Im zweiten Teil fand eine Auswertung der Mitgliederoffensive statt. Die Arbeit des Jugendverbandes ist ein sehr wertvoller Beitrag gewesen. Der Landesvorstand dankt ihm ausdrücklich dafür. Sieger beim Gewinnen neuer Mitglieder und damit einer geeigneten Veranstaltung im Kreisverband ist der Unstrut-Hainich-Kreis. Der Landesvorstand bittet die AG in Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes um weitere Aktivitäten.

Der Landesvorstand bestätigt mehrheitlich bei einer Stimmenthaltung den durch das Landeswahlbüro erarbeiteten Vorschlag zur Finanzierung der Maßnahmen im Bundestagswahlkampf.

Der Landesvorstand fasste folgende Beschlüsse:

- Ostermarsch 2017
- Grenzenlose Solidarität statt G20! Unterstützung der Proteste gegen den G20
- LINKE lehnt Süd-Link-Trasse ab!
- Inklusion fördern

Dem Landesvorstand lagen 3 Anträge von Julia Sieber vor, die im Ergebnis der Debatte keine Mehrheiten fanden bzw. nicht mehr zur Abstimmung gestellt wurden. Gegenstand waren die Veröffentlichung von Anträgen, Beschlüssen und Protokollen im Internet, eine systematische Beschlusskontrolle und Maßnahmen zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie. Im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte des 6. Landesparteitages und der Landessatzung sollten diese Fragen erneut diskutiert werden.

Der Vorstand legt fest, dass künftig zu Beginn jeder Landesvorstandssitzung der TO-Punkt „Protokoll- und Beschlusskontrolle“ aufgerufen wird.

Der stellvertretende Landesvorsitzende informiert am Ende der Sitzung darüber, dass es bezüglich der Arbeit der Landtagsverwaltung gegenüber dem Innenausschuss gegensätzliche Auffassung zur Erarbeitung eines Rechtsgutachtens gibt. Der Ältestenrat wird um eine Sondersitzung gebeten, um die Vorwürfe zu prüfen.

Der Landesvorstand weist auf folgende Termine und Sonstiges hin:

20.3.2017, Landtag, Anhörung Bildungspolitik

21.3.2017, 17.30 Uhr, Landtag, R201, Einladung zu LAG „Schule und Bildung“

31.3.2017, 17.00 Uhr, LGST, AG Kommunales

9.4.2017, 13.30 Uhr Buchenwald